

„Ich bin selbst Betriebsrat und weiß, dass Angst vor Arbeitsplatzverlust einen krank machen kann. Wir müssen unsere Produktion auf das ausrichten, was wir im Land wirklich brauchen: Schienen für die Bahn aus heimischer Produktion und Stahl für öffentliche Bauprojekte. So schaffen wir Arbeitsplätze für die Zukunft.“



Mirze Edis, industriepolitischer Sprecher, Die Linke im Bundestag

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P. Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de

Die Linke

Im Bundestag

Die Linke

Im Bundestag

Jobs retten, Zukunft sichern

Unser Plan für eine grüne Stahlindustrie

Die Regierung fährt die Industrie an die Wand – und die Beschäftigten zahlen den Preis

Ohne Stahl geht gar nichts. Es ist eine Schlüsselindustrie, an der hunderttausende Arbeitsplätze hängen. Und es ist die Branche, ohne die ein ökologischer Umbau unserer Wirtschaft nicht denkbar ist.

Doch die Branche brennt lichterloh: 85 000 Beschäftigte fürchten akut um ihre Jobs. Wenn man bedenkt, dass an einem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie etwa fünf weitere hängen, stehen 425 000 Jobs auf dem Spiel. Die Beschäftigten bei HKM in Duisburg und bei der Saarstahl AG in Völklingen bangen um ihre Standorte. Und die Bundesregierung? Sie tut nichts, um die Krise aufzuhalten. Im Gegenteil: Ministerin Reiche will, dass allein der Markt regelt – und lässt eine der wichtigsten Zukunftsindustrien sehenden Auges in den Abgrund laufen. Und auch in Europa hat Ursula von der Leyen keine anderen Rezepte als: Aufrüsten und die strauchelnde Industrie dem Wettbewerb aussetzen, mit wenig industriepolitischen Taten.

Wir sagen: Die Krise ist politisch gemacht – und auch politisch lösbar!

Jahrelang haben die Manager in der Stahlindustrie **verschlafen, in klimagerechte Technologien zu investieren**. Stattdessen wurden den Aktionären Milliarden an Dividenden ausgezahlt. Stahl zu produzieren, erfordert viel Energie. Die hohen Preise

machen der Branche zu schaffen – **weil Merz, Reiche, Klingbeil und Co. den Anstieg aus den teuren fossilen Energien verschleppen**. Der politische Schlingerkurs beim Klimaschutz schafft Unsicherheit. Und verhindert, dass in Zukunftstechnologien wie Grünen Stahl investiert wird. Zudem **tut die Regierung nichts, um die Industrie gegenüber Billigimporten zu stärken**, mit denen deutsche und europäische Produzenten kaum konkurrieren können. Vor allem aber ist es die **permanente Kürzungspolitik** in Deutschland und der EU, die Investitionen von Kommunen, Ländern und privaten Haushalten verhindert. Die Regierung steckt Milliarden in die Aufrüstung und lässt die Infrastruktur verfallen – eine Sünde gegenüber kommenden Generationen.

Stahl retten heißt Zukunft sichern!

Züge, Schienen, Autos oder Waschmaschinen – nichts davon läuft ohne Stahl. Weder die Verkehrswende noch der Bau öffentlicher Wohnungen oder der Ausbau von Wind- oder Solarenergie sind denkbar ohne diese Zukunftsindustrie. Wir wollen die Stahlindustrie retten und ökologisch umbauen. Weil wir grünen, also klimafreundlich produzierten Stahl brauchen, um das Land zukunftssicher aufzubauen.

Unser 10-Punkte-Plan für eine Stahlindustrie mit Zukunft

1

Mit Weitsicht aus der Krise: Die Bundesregierung muss einen **industriepolitischen Plan** mit einem **Zeithorizont** von mindestens **10 Jahren** entwickeln. Denn Beschäftigte und Unternehmen brauchen Planungssicherheit.

2

Die öffentliche Hand muss **20 Mrd. Euro Investitionen** in die Stahlindustrie lenken. Mindestens doppelt so viel müssen die Unternehmen selbst drauflegen, um die Krise zu überwinden.

3

Nachfrage sichern: Beim Ausbau von Schienen und anderer Infrastruktur braucht es verbindliche Quoten für Grünen Stahl aus Deutschland und der EU.

4

Energiewende jetzt! Mit massiven Investitionen in öffentliche Energieunternehmen und vergemeinschaftete Netze – so können die **Preise für alle sinken**.

5

Kosten runter: Wir fordern eine **Wasserstoffpreisbremse**, damit Betriebe gut wirtschaften können.

6

Keine Rettung ohne die Stimme der Beschäftigten: **Wir wollen die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung massiv ausbauen**. Subventionen gibt es nur gegen **soziale Auflagen, Klimainvestitionen und Standortsicherung**.

7

Gemeinsam geht mehr: Wir fordern einen **politischen Prozess**, der die gesamte Branche unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte an einen Tisch bringt. Darum unterstützen wir einen **Branchenzusammenschluss**.

8

Öffentlich entscheiden: Wir fordern eine **Industriestiftung mit staatlicher Beteiligung** und starker Mitbestimmung, die über Standorte hinweg tätig ist.

9

Keine Alleingänge: Nur wenn die deutsche Stahlindustrie mit den **EU-Partnern kooperiert**, können wir gemeinsam Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern.

10

Starke öffentliche Haushalte: Investitionen müssen von der Schuldenbremse ausgenommen werden – und nicht Rüstungsausgaben. Wir lehnen Aufrüstung und Militarisierung ab.